

# LAND TAGS KURIER



Seite 4:  
Kontroverse Debatte  
über die einrichtungs-  
bezogene Impfpflicht



Seite 18:  
Forum Mitteleuropa zu  
Gast in der litauischen  
Hauptstadt Vilnius



Seite 22:  
Sonderthema zur  
Verfassung: Was heißt  
Meinungsfreiheit?

Ausgabe  
3.22



Sächsischer Landtag



Foto: S. Giersch

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

wohl kaum jemand in unserem Land ist gegenwärtig frei von Sorgen. Laut einer vor wenigen Tagen veröffentlichten Meinungsumfrage ist die Inflation die größte Sorge der Deutschen, gefolgt vom Krieg in der Ukraine und der Corona-Pandemie. Alle bedrohen sie unseren Wohlstand, greifen in unser tägliches Leben ein und gefährden den Frieden im Inneren und Äußeren.

Eine besonders spürbare Belastung für viele Menschen sind jedoch ohne Frage die Preissteigerungen. Auch wenn hier die Ursachen vielfältig sind und nur die eine oder andere steuerbar ist, so sind doch in dieser Situation die politisch Verantwortlichen auf allen Ebenen gefordert. Sie müssen Auswege aus der verhängnisvollen Entwicklung finden. Sie müssen zu verhindern suchen, dass die Inflation zur existenziellen Frage für Geringverdiener, Familien oder Rentner wird. Der Landtag widmete sich daher gleich in mehreren Debatten diesem wichtigen Thema.

Ebenfalls ging es in den Debatten, vor allem aber beim diesjährigen Forum Mitteleuropa im litauischen Vilnius, um den Krieg in der Ukraine und seine möglichen Folgen für uns alle. Die Konferenz des Forums Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag war hierbei ein klares Zeichen unserer engen Verbundenheit mit der Republik Litauen und einem freien Baltikum. Der Angriffskrieg Russlands gegen die freie Ukraine erschüttert schließlich unseren Frieden in Europa fundamental. Wir sehen uns einer immensen Bedrohung ausgesetzt. Russlands völkerrechtswidriger Krieg ist zugleich der Angriff auf eine regelbasierte Weltordnung, die uns gerade in Europa gewiss schien. Hier müssen wir alle gemeinsam die Fahne der Demokratie und Freiheit hochhalten. Ebenso galt es in Vilnius, ein Zeichen gegen die Diktatur in Belarus zu setzen. Mit Sviatlana Tsikhanouskaya wandte sich die Anführerin des freien, des demokratischen Belarus an uns, was mich sehr beeindruckt hat.

Und auch die Corona-Pandemie beschäftigt die Menschen im Freistaat Sachsen fortwährend, wie die Sondersitzung des Sächsischen Landtags am 24. April zur Impfpflicht im Gesundheitswesen und der Pflege zeigte. Über das und vieles mehr informiert Sie die neue Ausgabe des Landtagskuriers. Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

*Matthias Rößler*

Dr. Matthias Rößler  
Präsident des Sächsischen Landtags

## PLENUM

48. Sitzung des Sächsischen Landtags <b>Keine Absage an die Impfpflicht</b> Landtagsmehrheit lehnt Antrag ab .....	4
49. Sitzung des Sächsischen Landtags <b>»Neue Zeiten brauchen neue Antworten«</b> Sachsens Wirtschaft muss aufgrund des Ukrainekrieges umsteuern .....	5
49. Sitzung des Sächsischen Landtags <b>Eine Aufgabe für alle</b> Der öffentliche Raum soll barrierefreier werden .....	6
49. Sitzung des Sächsischen Landtags <b>Niedriglohnland ade</b> Inflation trifft besonders niedrige Einkommen .....	8
50. Sitzung des Sächsischen Landtags <b>Zurück auf den Gipfel</b> Tourismus erhält weitere finanzielle Unterstützung .....	9
50. Sitzung des Sächsischen Landtags <b>Hoffnung auf spürbare Entlastungen</b> Preissteigerungen treffen vor allem arme Menschen .....	10
50. Sitzung des Sächsischen Landtags <b>Steckdose oder Teller?</b> AfD-Fraktion kritisiert verfehlte Flächennutzungspolitik .....	11

## PARLAMENT

<b>Landwirtschaft von morgen</b> Ausschuss beschäftigt sich mit Zukunftsbericht .....	12
<b>Laufende Gesetzgebung</b> .....	13

## AKTUELLES

<b>Mehr Parlamentsarbeit, mehr Livestreams und Barrierefreiheit</b> Sächsischer Landtag mit neuem Internetauftritt .....	14
---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----

## EIN TAG MIT...

<b>In bester Verfassung</b> Ein Tag mit Marko Schiemann, Vorsitzender des Ausschusses für Verfassung und Recht, Demokratie, Europa und Gleichstellung .....	16
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----

## EUROPA

<b>»Deutschland, Mitteleuropa und die östlichen Nachbarn«</b> Internationale Konferenz des Forums Mitteleuropa in Vilnius ...	18
<b>HINTERGRUND: Litauen und Vilnius</b> .....	20

## SONDERTHEMA

<b>Was bedeutet Meinungsfreiheit konkret?</b> Vom Zugang zu russischem Fernsehen bis zur Kritik am Pflegenotstand .....	22
-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----

## SERVICE

<b>Weitere Informationen des Sächsischen Landtags</b> .....	24
-------------------------------------------------------------	----

# Impfpflicht aufheben, Arbeitsplätze sichern, Barrierefreiheit schaffen

Foto: O. Killig

// Der Sächsische Landtag debattierte am 25. April 2022 auf einer Sondersitzung, ob die Impfpflicht im Gesundheitswesen aufgehoben werden soll. An den beiden folgenden Sitzungstagen, dem 4. und 5. Mai 2022, stand unter anderem eine Regierungserklärung von Wirtschaftsminister Martin Dulig auf der Tagesordnung. Die Aktuellen Debatten befassten sich mit Maßnahmen zur Barrierefreiheit, dem Tourismus in Sachsen und weiteren Themen. //



PLENUM

// Am 25. April 2022 kam der Sächsische Landtag zu einer außerplanmäßigen Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stand ein Antrag der AfD-Fraktion mit dem Titel »Impffreiheit für alle! Höchste Priorität für die Gesundheit!« Darin bekräftigte sie ihre Ablehnung gegenüber der seit 15. März 2022 geltenden Impfpflicht für Beschäftigte im Gesundheitswesen. Zuvor sprach der neue sächsische Innenminister Armin Schuster im Plenum seinen Amtseid. //

Fotos: S. Floss

48. Sitzung des Sächsischen Landtags

Dr. Daniel Thieme

# Keine Absage an die Impfpflicht

Landtagsmehrheit lehnt Antrag ab

## Recht auf Unversehrtheit

Für ihn verletze die Impfpflicht das grundgesetzlich garantierte Freiheitsrecht auf körperliche Unversehrtheit, erklärte Jörg Urban, AfD. Es sei daher zu begrüßen, dass der Bundestag eine allgemeine Pflicht abgelehnt habe. Sie schütze weder den Menschen selbst noch andere. Auch sei sie gegen die Omikron-Variante kaum wirksam. Dem Gesundheitswesen fehle es hingegen heute schon an Personal, deshalb dürfe es in diesem Bereich keine Impfpflicht geben.

Foto: © SMI, Christoph-Reichelt



## Innenminister Schuster vereidigt

Zu Beginn der Plenarsitzung am 25. April 2022 wurde Armin Schuster als neuer sächsischer Innenminister vereidigt. Schuster stammt aus Andernach/Rhein, wurde 1961 geboren, ist verheiratet und hat eine Tochter. Der Sicherheitsexperte durchlief mehrere Stationen bei der Polizei, gehörte von 2009 bis 2020 dem Deutschen Bundestag an und war zuletzt Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.

Die Impfung habe zahlreiche Menschenleben auf der ganzen Welt gerettet, entgegnete Alexander Dierks, CDU. Es gebe durchaus einen signifikanten Zusammenhang zwischen geringer Impfquote und hoher Übersterblichkeit. Die sächsische Staatsregierung habe die Ausgestaltung der sektoralen Impfpflicht in der Ministerpräsidentenkonferenz kritisiert und die Abwägung von Versorgungssicherheit und tatsächlichem Nutzen in einer Protokollnotiz angemahnt.

## Schutzimpfung sinnvoll

Seine Fraktion habe die einrichtungsbezogene Impfpflicht immer kritisch gesehen, argumentierte Rico Gebhardt, DIE LINKE. Damit zweifle man jedoch nicht die Notwendigkeit einer Covid-19-Schutzimpfung an. Personalmangel habe es im Gesundheitswesen auch schon vor Corona gegeben. Eine Aufhebung der Impfpflicht ändere nichts daran. Es könne durchaus Berufe geben, für die es besondere Voraussetzungen, auch Impfanforderungen, brauche.

Der AfD-Antrag gehöre in den Bundestag und nicht in den Landtag, befand Kathleen Kuhfuß, BÜNDNISGRÜNE. Die Debatte sei daher völlig überflüssig. Die erhobene Forderung, ungeimpften Beschäftigten kein Be-

tretenungsverbot auszusprechen, sei ebenfalls hinfällig. Staatsministerin Petra Köpping habe immer wieder betont, dass vorhandene Ermessensspielräume in Rücksprache mit den Gesundheitsämtern genutzt würden.

## Schutz kranker Personen

Sabine Friedel, SPD, erklärte, die Impfung schütze nicht zu 100 Prozent, sei aber auch nicht unwirksam. Kranke Menschen, die Arztpraxen aufsuchen, sollten keinem zusätzlichen Risiko ausgesetzt werden. Die AfD habe immer wieder gefordert, Menschen in Pflegeeinrichtungen besonders zu schützen. Umso unverständlicher sei es nun, dass sich die Fraktion dagegen ausspreche.

Ihr Ministerium habe mit den kommunalen Gesundheitsämtern eine Strategie erarbeitet, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, so die Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, Petra Köpping, SPD. Sei die Versorgung nicht abgesichert, werde auch niemandem gekündigt oder ein Betretungsverbot ausgesprochen. Man dürfe jedoch die Krankheit nicht aus dem Blick verlieren, schließlich wisse Sachsen eine der niedrigsten Impfquoten bundesweit auf.

# »Neue Zeiten brauchen neue Antworten«

Sachsens Wirtschaft muss aufgrund des Ukrainekrieges umsteuern

// Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, gab zu Beginn der 49. Sitzung des 7. Sächsischen Landtags am 4. Mai 2022 eine Fachregierungserklärung ab. Sie trug den Titel: »Was jetzt zu tun ist – in der Zeitenwende Unternehmen und Arbeitsplätze in Sachsen zukunftsfest gestalten«. //

## 49. Sitzung des Sächsischen Landtags



// Martin Dulig // Fotos: O. Killig



### Erhebliche Folgen der Sanktionen

Die EU-Wirtschaftssanktionen führten dazu, dass der Handel mit Russland noch weiter abnehme und Unternehmen sich zurückzögen, so Staatsminister Martin Dulig, SPD. Sachsens Wirtschaft stehe damit noch stärker unter Druck, sich zu verändern. Die drei zentralen Herausforderungen seien Dekarbonisierung, Digitalisierung und Demografie. Eine besondere Dynamik zeichne sich aktuell etwa bei Elektromobilität, Mikroelektronik und künstlicher Intelligenz ab.

SPD und BÜNDNISGRÜNE wollten die soziale Marktwirtschaft zugunsten von immer mehr Staatswirtschaft abschaffen, kritisierte Frank Peschel, AfD, scharf. Die Kohle- und Automobilindustrie würden abgewickelt und tausende Arbeitsplätze abgebaut. Um die Ukraine zu unterstützen, wolle die Staatsregierung auf Gasimporte verzichten. Doch die Bürgerinnen und Bürger wünschten sich bezahlbare Energiepreise. Für Lieferkettenprobleme, unbesetzte Stellen und den Rückzug großer Konzerne aus Sachsen fehle es an Lösungen.

### Jahrzehnt der Erneuerung notwendig

Ein erster Schritt, um akute wirtschaftliche Gefahren abzumildern, seien Stoffpreisgleitklauseln bei staatlichen Aufträgen, so Jan Hippold, CDU. Dies helfe Handwerks- und Baubetrieben, die aktuell zu deutlich teureren Preisen einkaufen müssten als veranschlagt. Mittelfristig werde ein Jahrzehnt der Erneuerung benötigt, damit Deutschland ein attraktiver und wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort bleibe. Die Weichen müssten auf Leistungsfähigkeit, Digitalisierung und Nachhaltigkeit gestellt werden.

Nico Brünler, DIE LINKE, befand, wenn man schon von »Zeitenwende« spreche, müsse man auch feststellen, dass die Staatsregierung die großen Herausforderungen der Zeit bisher verschlafen habe. So seien in ländlichen Regionen keine 20 Prozent der Haushalte an das Gigabitnetz angeschlossen. Beim Strukturwandel zeige sich ein ähnliches Bild: Indem in der Lausitz die Brückenfunktion der Kohle beschworen werde, bleibe ihr großes Potenzial als zukünftige Energie- und Industrieregion ungenutzt.

### Energieverbrauch senken

Die Zeitenwende erfordere eine Energie-wende, verkündete Gerhard Liebscher, BÜNDNISGRÜNE. Sachsen müsse die Energieversorgung umbauen, um seine wirtschaftliche Souveränität zu sichern. Die Senkung des Energieverbrauchs sei der schnellste Hebel, um unabhängig von fossilen Brennstoffen zu werden. Das bedeute ein nachhaltiges Beschaffungswesen, die Umstellung von Industrieprozessen sowie ein neues Bewusstsein in der Bevölkerung. Beim Ausbau der erneuerbaren Energien sei noch viel Luft nach oben.

Henning Homann, SPD, betonte, beim Ausbau der erneuerbaren Energien gehe es um die Modernisierung zentraler sächsischer Industriebranchen. Viele Unternehmen seien inzwischen weiter als die Politik, doch sie verlangten nach entsprechenden Rahmenbedingungen. Sachsen könne als erstes Bundesland komplett grünen Stahl herstellen. Dazu müsse aber ausreichend grüner Wasserstoff zur Verfügung stehen. Für den akuten Fachkräftemangel bedürfe es ebenfalls einer Lösung.



// Petra Čagalj Sejdi mit Gebärdensprachdolmetscherin // Foto: O. Killig

49. Sitzung des Sächsischen Landtags

Dr. Daniel Thieme

# Eine Aufgabe für alle

Der öffentliche Raum soll barrierefreier werden

// Die erste Aktuelle Debatte am 4. Mai 2022 trug den Titel »Sachsen barrierefrei 2030« – Tempo machen für Inklusion« und war von der Fraktion BÜNDNISGRÜNE beantragt worden. Mit einem Investitionsprogramm, das den Kommunen in diesem Jahr 3,25 Millionen Euro zur Verfügung stellt, sollen Projekte der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum gefördert werden. Die Debatte übersetzten Gebärdensprachdolmetscher. //

## BÜNDNISGRÜNE: Projekte konkret fördern

Petra Čagalj Sejdi eröffnete die Debatte für die Fraktion BÜNDNISGRÜNE. Barrierefreiheit bedeute für sie nicht, irgendwie anders und meist über Umwege zum Ziel zu gelangen. Es gehe vielmehr darum, dass beispielsweise alle den gleichen Eingang eines Gebäudes benutzen könnten. Ihre Fraktion fordere daher, dass Sachsen bis spätestens 2030 weitestgehend barrierefrei im öffentlichen Raum werden solle. Das Investitionsprogramm »Sachsen barri-

erfrei 2030« unterstütze dieses Anliegen finanziell, ebenso das Programm »Lieblingsplätze für alle«. Ganz konkret sollten mit den Fördergeldern Parkplätze, öffentliche Sanitäreinrichtungen und Zugänge zu Gebäuden barrierefrei gestaltet werden. Čagalj Sejdi wies darauf hin, dass Sachsen seit 2016 einen Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention habe. Dieser zeige, wie Inklusion praktisch gelebt werden könne und an welchen Punkten es Verbesserungsbedarf gebe.

## CDU: Selbstverständlichkeit statt Gnadenakt

Alexander Dierks, CDU, brachte an, dass es neben den bereits genannten Ideen noch weitere Ansätze gebe, um eine noch stärkere Akzeptanz für das Thema zu schaffen. Barrierefreiheit sei nichts, das nur Menschen mit Behinderungen nütze, sondern die Gesellschaft im Ganzen lebenswerter mache. Die landläufige Wahrnehmung, dass Menschen von Geburt an im Rollstuhl säßen, sehbehindert seien oder sonstige Einschränkungen haben, sei eine Fehleinschätzung. 50 Prozent der Menschen mit Behinderung seien zwischen 55 und 75 Jahren alt, 25 Prozent über 75 Jahre. Ganz allgemein sei zu berücksichtigen, dass die Bevölkerung in Sachsen immer älter werde. Das Ziel müsse es daher sein, dass Barrierefreiheit nicht als Gnadenakt verstanden werde,

sondern eine Selbstverständlichkeit sei. Zu den betroffenen Bereichen zählten nicht nur Gebäude, sondern im digitalen Zeitalter verstärkt auch der Zugang zu Informationen.

## AfD: Viele Aufgaben, wenig Geld

Bis zum erklärten Ziel der Barrierefreiheit in Sachsen im Jahr 2030 sei angesichts der Aufgaben nicht mehr viel Zeit, rechnete Doreen Schwietzer, AfD, vor. Mit dem neuen Investitionsprogramm stünden 3,25 Millionen Euro jährlich bereit, hinzukommen 4 Millionen Euro aus dem Programm »Lieblingsplätze für alle«. Das sei weniger, als es sich anhöre, wenn man allein den öffentlichen Personennahverkehr betrachte. So seien zurzeit nur 30 bis 40 Prozent der städtischen Haltestellen barrierefrei, im ländlichen Raum liege

der Anteil bei 5 Prozent. Auch der Weg zur Haltestelle müsse mitberücksichtigt werden. Erheblicher Bedarf bestehe zudem bei Wohnraum. Dieser werde von Menschen mit Behinderung als auch von älteren Menschen benötigt. Handlungsbedarf ergebe sich überdies in der Arbeitswelt. Sachsen habe mit 4,1 Prozent die zweit-schlechteste Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen bundesweit. Es müssten folglich Maßnahmen entwickelt werden, um diesen Anteil zielgenau zu steigern.

### DIE LINKE: Mehr Illusion als Realität

Es könne gar nicht genug über Inklusion gesprochen werden, konstatierte Sarah Buddeberg, DIE LINKE. Die Aktuelle Debatte passe auch deshalb sehr gut, weil jährlich am 5. Mai der »Europäische Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen« stattfindet. Er trage in diesem Jahr das Motto »Tempo machen für Inklusion« und genau das solle sich Sachsen auf die Fahnen schreiben. Die Vorstellung, bis zum Jahr 2030 im öffentlichen Raum vollständige Barrierefreiheit zu schaffen, bleibe wohl dennoch eine schöne Illusion. Tatsächlich befinde sich der Freistaat von einer inklusiven Gesellschaft noch Lichtjahre entfernt. In bestehenden Bauten müssten weiterhin Hindernisse beseitigt werden. Das könne nur durch gesetzliche Regelungen erreicht werden. Doch die Staatsregierung habe diesen Aspekt bei

der Novellierung der Sächsischen Bauordnung bisher nicht in den Blick genommen. Weitere Vorschläge sollten mit Änderungsanträgen umgesetzt werden.

### SPD: Viele kleine Puzzleteile

Beim Thema Barrierefreiheit komme es auf das Engagement jedes Einzelnen an, äußerte

langen. Das individuelle Engagement werde in Zukunft wichtiger, um in Zeiten von Inflation und erhöhten Baukosten allein den Status quo zu erhalten. Die einzelnen Ministerien der Staatsregierung sollten es trotz schwieriger Haushaltslage nicht versäumen, an den Maßnahmen für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention festzuhalten und ihre Bedarfe anzumelden. Kliese wies darauf hin,



»Die Einsicht, ein Menschenrecht umzusetzen, ist die Grundvoraussetzung dafür, dass wir in diesem Thema vorankommen.«

49. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Petra Köpping

sich Hanka Kliese, SPD. Ohne dieses Mitdenken könnten Menschen, die besonderen Hilfebedarf haben, zum Beispiel keine politischen Veranstaltungen besuchen, ins Theater gehen oder problemlos durch den Haupteingang einer Schule ge-

hen. Das individuelle Engagement werde in Zukunft wichtiger, um in Zeiten von Inflation und erhöhten Baukosten allein den Status quo zu erhalten. Die einzelnen Ministerien der Staatsregierung sollten es trotz schwieriger Haushaltslage nicht versäumen, an den Maßnahmen für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention festzuhalten und ihre Bedarfe anzumelden. Kliese wies darauf hin,

### VERFASSUNGSRICHTER GEWÄHLT

Am Sächsischen Verfassungsgerichtshof tritt Vizepräsident Prof. Dr. Uwe Berlit in den Ruhestand. Der Sächsische Landtag wählte deshalb am 4. Mai 2022 den vorsitzenden Richter am Landessozialgericht, Dr. Andreas Wahl, zu seinem Nachfolger. Als neues berufsrichterliches Mitglied bestimmte das Parlament den Präsidenten des Sächsischen Landesarbeitsgerichtes, Dirk Eberhard Kirst.

### Staatsregierung: Alle Menschen profitieren

Petra Köpping, Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, SPD, sagte, Teilhabe sei ein Menschenrecht und deshalb müsse immer wieder darüber gesprochen werden. Sachsen entwickle sich in diesem Bereich positiv. Als eines von wenigen Bundesländern habe der Freistaat schon vor Jahren einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention beschlossen. Deswegen dürfe man das eigene Licht nicht unter den Scheffel stellen, auch wenn manches schneller gehen könne. Im Rahmen des Förderprogramms »Sachsen barrierefrei 2030« seien bereits 49 Maßnahmen in den Kommunen umgesetzt worden. Im Jahr 2021 habe die Staatsregierung 150 000 Euro je Landkreis und kreisfreier Stadt ausgereicht. Die Kommunen haben gezeigt, dass Barrierefreiheit im öffentlichen Raum für sie einfach dazugehöre. Schließlich profitierten nicht allein Menschen mit Behinderung davon, sondern viele andere mehr.

// Alexander Dierks



// Doreen Schwietzer



// Sarah Buddeberg



// Petra Čagalj Sejdi



// Hanka Kliese // Fotos: O. Killig





// Henning Homann // Foto: O. Killig

49. Sitzung des Sächsischen Landtags

Dr. Daniel Thieme

# Niedriglohnland ade

**Inflation trifft besonders niedrige Einkommen**

// »Sicherheit im Wandel: Beschäftigte mit kleinen und mittleren Einkommen schützen – den Sozialstaat stärken.« lautete die zweite Aktuelle Debatte am 4. Mai 2022. Die SPD-Fraktion hatte das Thema auf die Tagesordnung gesetzt, um auf die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern hinzuweisen. //

**Bekennnis zu Tariflöhnen**

Die sächsischen Unternehmen benötigten gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, so Henning Homann, SPD. Den Wettbewerb um die Fachkräfte der Zukunft könne ein Niedriglohnland aber nicht gewinnen. Das klare Bekenntnis der Regierungskoalition zu Tariflöhnen sei deshalb ein wichtiges Signal. Der Kündigungsschutz dürfe ebenfalls nicht angetastet werden. Betriebsräte seien eine wichtige Errungenschaft, da sie den Beschäftigten in Zeiten des Wandels Sicherheit böten.

Nach Ansicht von Alexander Dierks, CDU, bedeute Sicherheit vor allem, dass Menschen in Arbeit blieben. Arbeitslosigkeit stelle nach wie vor das größte Risiko von Armut dar. Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung Sorge dafür, dass der Sozialstaat weiterhin funktioniere. Mittlere und kleinere Einkommen seien in den vergangenen Jahren nicht alleingelassen worden, wie etwa die Erhöhung des Kindergeldes und anderer allgemeiner Steuerfreibeträge zeige.

**Mehr Netto vom Brutto**

Die SPD sei schon lang nicht mehr die Partei der kleinen Bürger, kritisierte Frank Peschel, AfD, die einbringende Fraktion. Seine Partei stehe hingegen für einen sicheren Sozialstaat, den alle brauchten. Sie setze sich ebenfalls dafür ein, dass die Bürger mehr Netto vom Brutto haben. Um kleinere und mittlere Einkommen zu entlasten, könne beispielsweise der ÖPNV für bestimmte Arbeitnehmergruppen kostenlos angeboten oder das Wohngeld weiter erhöht werden.

Nico Brünler, DIE LINKE, wies darauf hin, dass Sachsen im Schnitt bei 81,5 Prozent des bundesdeutschen Gehaltsdurchschnitts liege. Die aktuelle Preisentwicklung treffe daher besonders viele Menschen. Zu den wichtigsten Sozialmaßnahmen gehörten steigende Löhne, ordentliche Tarifabschlüsse und eine Tarifbindung. Es sei verwunderlich, dass es der Freistaat Sachsen bisher nicht geschafft habe, das Vergabegesetz zu novellieren, um Lohn- und Sozialstandards für konkrete Aufträge festzuschreiben.

**Sozialen Ausgleich schaffen**

Gerhard Liebscher, BÜNDNISGRÜNE, sah ebenfalls die Gefahr, dass die steigende Inflation niedrige Einkommen stärker belaste. Diese müssten daher besonders geschützt werden. Die Aufgabe der Politik liege darin, einen sozialen Ausgleich zu schaffen, um einer weiteren gesellschaftlichen Spaltung vorzubeugen. Zusätzlich würden höhere Löhne helfen, die Kaufkraft zu stabilisieren. Tarifgebundene Arbeitsverhältnisse gäben den Beschäftigten planerische Sicherheit.

In Vertretung von Wirtschaftsminister Martin Dulig, SPD, sprach Staatsministerin Petra Köpping, SPD. Sie sagte, die Aufgabe der Politik liege darin, Veränderungen einen Rahmen zu geben, damit die Menschen sich darin nicht einfach verlorren. Der Sozialstaat spiele dabei eine wichtige Rolle. Er schenke den Menschen Sicherheit und biete dringend benötigten Zusammenhalt. Das Förderprogramm »Soziale Orte« sei in diesem Sinne erdacht worden. Besonders im ländlichen Raum werde es gut angenommen.

# Zurück auf den Gipfel

Tourismus erhält weitere finanzielle Unterstützung

50. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Die CDU-Fraktion beantragte auf der 50. Sitzung des 7. Sächsischen Landtags am 5. Mai 2022 eine Aktuelle Debatte zur Stärkung des Tourismus in Sachsen. Der Titel lautete: »Neustart Tourismus – wichtigen Wirtschaftszweig jetzt nachhaltig unterstützen!«. Die Branche bekommt in diesem Jahr aus dem Sondervermögen »Corona-Bewältigungsfonds Sachsen« 5,6 Millionen Euro an Fördergeldern. //

wieder stärken. Liebscher forderte darüber hinaus, Nachhaltigkeit im ökologischen, ökonomischen und sozialen Sinne zu leisten, um die Branche krisenfest und wettbewerbsfähig aufzustellen.

## Wirkungsvolle Maßnahmen

Nach dem Rekordjahr 2019 erlebte der Tourismus in Sachsen in den vergangenen zwei Corona-Jahren einen drastischen Rückgang, resümierte Jörg Markert, CDU. Die Branche habe in der Krise mit vielen Aktionen auf ihre Lage aufmerksam gemacht. Die Hilfen von Bund und Land seien richtig gewesen und haben ihre Wirkung entfaltet. Nun müsse es darum gehen, die Widerstandsfähigkeit im Tourismus zu erhöhen und verstärkt Digitalisierung und Nachhaltigkeit in den Blick zu nehmen.

Nach Meinung von Ivo Teichmann, AfD, habe sich die Staatsregierung die Probleme im Tourismus mit unverhältnismäßigen Lockdown-Maßnahmen selbst eingebrockt. Für die Unternehmen vor Ort sei das katastrophal. Zwischen Juli 2019 und Juli 2021 habe sich die Gästezahl halbiert und sei auf den Stand von 1996 gesunken. Hinzu komme die Abwanderung von Fachkräften. Um weitere wirtschaftliche Schäden abzuwenden, be-

nötigten die Touristiker mehr Freiheit und Verlässlichkeit.

## Veränderte Ansprüche

Antje Feiks, DIE LINKE, machte deutlich, dass sich die Ansprüche an das Reisen und den Tourismus während der Pandemie verändert haben. Es sei sinnvoll, die Hilfgelder im Sinne einer strategischen Weiterentwicklung einzusetzen. Ebenso wichtig sei der Umweltschutz. Ein zu hohes Menschenaufkommen bedrohe in der Sächsischen Schweiz die Artenvielfalt. Dieses Thema müsse man mit denjenigen besprechen, die sich vor Ort eine touristische Existenz aufgebaut haben.

Die coronabedingten Umsatzverluste dürften nicht dazu führen, dass Unternehmen nicht mehr investieren könnten oder ganze Betriebe schließen, so Gerhard Liebscher, BÜNDNISGRÜNE. Mit der angekündigten Richtlinie wolle die Koalition daher die Wettbewerbsfähigkeit des Tourismus in Sachsen

## Angepackt statt aufgegeben

Henning Homann, SPD, erklärte, mit den finanziellen Hilfen zeige der Staat, dass er handlungsfähig sei und Krisen wirksam begegnen könne. Es sei ökonomisch deutlich sinnvoller gewesen, eine Branche wie den Tourismus vor der Krise zu schützen, anstatt langfristig mit den Folgen leben zu müssen. Dies sei besonders wichtig, da 200 000 Arbeitsplätze vom Tourismusbereich abhingen. Tausende haben trotz der schwierigen Situationen nicht aufgegeben, sondern die Ärmel hochgekrepelt.

Barbara Klepsch, Staatsministerin für Kultur und Tourismus, CDU, wies darauf hin, dass bereits im Jahr 2021 die Förderrichtlinie »Neustart Tourismus« Unternehmen geholfen habe, Erhaltungsinvestitionen zu finanzieren. Die neu angekündigten Hilfen seien dank der Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern aus der Tourismusbranche erarbeitet worden. Klepsch versprach außerdem, die Tourismusstrategie für die kommenden Jahre weiterzuentwickeln.

// Barbara Klepsch

// Jörg Markert // Fotos: O. Killig





// Franz Sodann // Foto: O. Killig

50. Sitzung des Sächsischen Landtags

# Hoffnung auf spürbare Entlastungen

Preissteigerungen treffen vor allem arme Menschen

// Die Aktuelle Stunde am 5. Mai komplettierte die Fraktion DIE LINKE. Die von ihr beantragte Aktuelle Debatte lautete: »Zum Leben zu wenig ... – steigende Preise und Lebenshaltungskosten ausgleichen: Höhere Löhne und armutsfeste Sozialleistungen. Jetzt!«. //

Dr. Daniel Thieme

## Unterstützung reicht nicht

Über 17 Prozent der Haushalte in Sachsen seien arm oder von Armut bedroht, eröffnete Franz Sodann, DIE LINKE, die Debatte. Preissteigerungen trafen besonders ärmere Haushalte, da sie prozentual mehr für Energie und Nahrungsmittel ausgeben müssten. Die von der Bundesregierung versprochenen Entlastungen nach dem Gießkannenprinzip zu verteilen, sei falsch. Ohnehin reichten die versprochenen 300 Euro extra bei Energiekostensteigerungen von über 80 Prozent nicht aus.

Tom Unger, CDU, entgegnete, Deutschland sei kein Armutsstaat, sondern wise ein engmaschiges soziales Netz auf. Die Sozialleistungsquote der Bundesrepublik habe 2020 bei 33,6 Prozent gelegen. Ein leistungs- und zukunftsfähiger Sozialstaat müsse aber in Balance bleiben. Dazu gehöre das Prinzip von Fördern und Fordern genauso wie leistungsfähige Unternehmen und öffentliche Arbeitgeber. Seine Fraktion bekenne sich deshalb zu einem starken Wirtschaftsstandort Sachsen.

## Steuern und Abgaben senken

André Barth, AfD, erklärte, anstatt Arbeitnehmern einfach immer mehr Geld zu geben, sollten Steuern und Abgaben gesenkt werden. Damit würden Nettolöhne steigen und Preise sinken. Andernfalls drohe die Gefahr einer Lohn-Preis-Spirale, wenn auf die Inflation mit höheren Löhnen und anschließend wieder mit höheren Preisen reagiert werde. Die eigentliche Ursache der Inflation liege darin, dass die Geldmenge im Euro-Raum in der Vergangenheit schneller gewachsen sei als die Wirtschaft.

Die steigenden Lebenshaltungskosten seien für arme Menschen schwierig, stimmte auch Petra Čagalj Sejdi, BÜNDNISGRÜNE, zu. Das grundsätzliche Problem von Armut müsse aber vorrangig auf Bundesebene gelöst werden. Einige Unterstützungsleistungen habe man dort bereits auf den Weg gebracht oder es werde daran gearbeitet. Dazu zählten beispielsweise der Heizkostenzuschuss, der Kindersofortzuschlag, der Grundfreibetrag oder die Arbeitnehmerpauschale.

## Hilfe für niedrige Einkommen

Henning Homann, SPD, befand, die durch den Krieg entstandenen Verwerfungen ließen sich nicht vollständig ausgleichen. Dennoch sollten die beschlossenen Entlastungspakete der Bundesregierung anerkannt werden. Weiterhin sei es wichtig, Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen so zu stärken, dass sie Preissteigerungen abfedern könnten. Der geplante Mindestlohn von 12 Euro werde dabei ebenfalls helfen und das Lohngefüge als Ganzes nach oben verschieben.

Man könne nicht jedem oder jeder Einzelnen gerecht werden, dennoch seien die beschlossenen Bundeshilfen ein wichtiges Zeichen, so die Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, Petra Köpping, SPD. Auch der Freistaat Sachsen leiste einen Beitrag, um Menschen in den gegenwärtig schwierigen Zeiten sozial zu unterstützen. Der Sozialhaushalt gehöre zu den größten Posten im Gesamtetat, dennoch solle bei Beratungsleistungen, Prävention oder Gesundheitsvorsorge der momentane Standard gehalten werden.



// Jörg Dornau // Fotos: O. Killig



// Wolfram Günther

## 50. Sitzung des Sächsischen Landtags

# Steckdose oder Teller?

Dr. Daniel Thieme

## AfD-Fraktion kritisiert verfehlte Flächennutzungspolitik

// Eine weitere Aktuelle Debatte in der 50. Sitzung des Sächsischen Landtags am 5. Mai hatte die AfD-Fraktion auf die Tagesordnung gesetzt. Unter dem Titel »Mit Volldampf in den Kohldampf – Nahrungsmittelkrise voraus?« weist sie auf weiter steigende Preise und Engpässe bei der Lebensmittelversorgung hin. Laut Statistischem Bundesamt verteuerten sich Lebensmittel in Deutschland gegenüber dem Vorjahr im April um über 8 Prozent. //

### Falsche Schwerpunkte

Jörg Dornau, AfD, verwies darauf, dass von hohen Lebensmittelpreisen besonders einkommensschwache Haushalte betroffen seien. Die Ursachen lägen unter anderem in Ernteausfällen, Krieg und Spekulationen. Die EU experimentiere auf hochproduktiven Böden mit Ökolandwirtschaft, zugleich importiere sie riesige Mengen Futter- und Nahrungsmittel. Der Verzicht auf Pflanzenschutzmittel bedeute, bis zu 50 Prozent der Ernten zu verlieren.

Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU, bekräftigte, im schlimmsten Fall drohe in einzelnen Weltteilen eine Nichtversorgung mit Lebensmitteln. Während Westeuropa reich genug sei, diese weiterhin zu kaufen, wären vor allem der Nahe Osten oder Ostafrika betroffen. Die CDU bekenne sich zu einer vielfältigen, umweltgerechten und regional ver-

ankerten Landwirtschaft. Ein vollständiger Öko-Anteil beanspruche aber mehr Flächen, als Deutschland zur Verfügung habe.

### Problematische Tierhaltung

Die Debatte der AfD sei reine Panikmache, kritisierte Antonia Mertsching, DIE LINKE. Es gebe keine Produktionsknappheit. Entscheidend sei vielmehr die Frage der Verteilung. Unter Druck stehe vor allem die Flächennutzung, da die Nachfrage nach tierischen Eiweißen und Fetten weiterhin steige. 57 Prozent der Fläche würden für Futterpflanzen verwendet, diese könnten viel besser zum Anbau von Weizen genutzt werden.

Die wichtigsten Grundlagen für die Bekämpfung der Nahrungsmittelkrise seien gesunde Böden, ausreichend Wasser und ein stabiles Klima, unterstrich Volkmar

Zschocke, BÜNDNISGRÜNE. Wer die Nahrungsmittelkrise lösen wolle, ohne die Ökologie zu beachten, verschärfe sie am Ende noch. Die Tierhaltung etwas zu reduzieren, wäre ein substanzieller Beitrag zur Welt-ernährung.

### Arme Länder betroffen

Volkmar Winkler, SPD, warnte ebenfalls davor, dass die Folgen des russischen Angriffskrieges neben der Ukraine hauptsächlich die ärmsten Länder der Welt treffen würden. Vor allem hohe Energiepreise ließen die Lebensmittelkosten aktuell steigen. Diese Entwicklung dürfe aber nicht als Vorwand benutzt werden, um in der Agrarpolitik die Zeit zurückzudrehen.

Deutschland weise besonders bei den Grundnahrungsmitteln einen sehr hohen Selbstversorgungsgrad auf, so Landwirtschaftsminister Wolfram Günther, BÜNDNISGRÜNE. Niemand müsse hierzulande Hunger leiden. Ebenso lasse sich der Hunger in anderen Teilen der Welt nicht damit begründen, dass in Deutschland 4 Prozent der Landwirtschaftsflächen ökologisch genutzt würden. Eine höhere Flächennutzung beim Getreideanbau hätte kaum wahrnehmbare Auswirkungen auf die globale Gesamtmenge.

Janina Wackernagel

# Landwirtschaft von morgen

Ausschuss beschäftigt sich mit Zukunftsbericht

Foto: ©iStock.com/alzay

Als Sachkundige geladen waren Landwirte, die an der Zukunftskommission Landwirtschaft mitgewirkt hatten sowie Vertreter aus Forschungsinstituten und sächsischen Agrarverbänden. Sie stellten eindrücklich dar, dass sich die moderne Landwirtschaft mit einer ganzen Reihe an Zielkonflikten beschäftigen muss: Ernten sollen ertragreich und Lebensmittel nicht schadstoffbelastet sein. Ferner sollen sie dem Klimawandel gegenüber möglichst resilient sein. Ökologischer Landbau solle dabei – unter anderem zum Schutz von Grundwasser – bevorzugt werden, verbrauche aber mehr Fläche, die grundsätzlich knapp sei. Zugleich sollen Treibhausgasemissionen der Landwirtschaft reduziert und Biodiversität gefördert werden. Über allem schwingt zudem die Frage, für wen Erträge eigentlich produziert werden sollen: für den Teller, den Trog oder den Tank? Prof. Dr. Knut Schmidtke, Direktor eines Schweizer Forschungsinstituts für biologischen Anbau, erklärte, man könne nicht lediglich ein Ziel priorisieren, sondern müsse versuchen, die Zielstellungen klug miteinander zu kombinieren.

// Am 14. April 2022 wurde im Ausschuss für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft der Abschlussbericht der »Zukunftskommission Landwirtschaft« angehört. Die Kommission war Ende 2019 auf Bundesebene eingesetzt worden. Ihr Bericht umfasst gemeinsame Vorschläge der Beteiligten aus Agrar- und Umweltverbänden für eine zukunftsorientierte Landwirtschaft in Deutschland. Mit dem nun behandelten Antrag wollen die Fraktionen CDU, BÜNDNISGRÜNE und SPD erfahren, welche Empfehlungen im Freistaat Sachsen wirksam werden könnten. //

## Agrar- und Umweltverbände: nicht gegen-, sondern miteinander

Die Zukunftskommission des Bundes hat nach Auskunft der Sachkundigen einen wesentlichen Teil ihres Auftrags erfüllt. Ihr gelang es, die oftmals zerstrittenen Akteure aus Agrar- und Umweltverbänden an einen Tisch zu bringen. Sie konnten sich dort auf gemeinsame Leitlinien für die Landwirtschaft

der Zukunft verständigen. So berichtete Werner Schwarz, Präsident des Bauernverbands Schleswig-Holstein, man stehe auch nach Ende der Kommissionsarbeit weiter im konstruktiven Austausch miteinander. Konsens sei, dass es offenkundig einer Transformation bedürfe – denn auch wenn Landwirtschaft natürlich systemrelevant sei, habe sie zugleich negative Umweltauswirkungen. Besonders hart für viele Landwirte: Die verursachten Kosten übersteigen die Wertschöpfung, die durch die Landwirtschaft geschaffen werde. Wichtig sei allerdings die Erkenntnis gewesen, dass die Umgestaltung nicht als Aufgabe dem Berufsstand der Landwirte übertragen werden solle, so Fabian Wendenburg, Bundesgeschäftsführer »Familienbetriebe Land und Forst e.V.«. Es handle sich um eine gesamt

gesellschaftliche Aufgabe. Er warnte zugleich davor, wegen des Kriegs in der Ukraine und seiner Auswirkungen auf die Nahrungsmittelproduktion nun Entscheidungen zu treffen, mit denen Klima- und Artenschutz zunächst hintenangestellt würden. Dies verlagere die Probleme nur zeitlich. Zur Nahrungsmittelproduktion brauche es letztlich funktionierende Ökosysteme.

Wie in vielen anderen Regionen, müsse man sich nun auf der politischen Ebene Gedanken machen, wie die Kommissionsvorschläge in Sachsen sinnvoll umgesetzt werden können. Auch auf die Verbraucher komme eine große Verantwortung zu, denn: Die Produktion folge dem Konsum. Bei gleichbleibenden Konsumgewohnheiten werde man keine nachhaltige Transformation der Landwirtschaft erreichen.

ZUM NACHLESEN

Wortprotokoll  
Öffentliche  
Anhörung



# LAUFENDE GESETZGEBUNG

TITEL   EINBRINGER	ERLÄUTERUNG	STATUS
Gesetz zur Einführung des Gesetzes über die Transparenz von Informationen im Freistaat Sachsen, 7/8517   Staatsregierung	Mit dem geplanten Gesetz soll ein Anspruch auf Zugang zu allen relevanten Informationen des Freistaates Sachsen geschaffen werden. Bestimmte Informationen müssen zudem von Amts wegen auf einer Online-Transparenzplattform veröffentlicht werden.	Öffentliche Anhörung im Ausschuss für Verfassung und Recht, Demokratie, Europa und Gleichstellung am 13. April 2022
Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens »Fonds für digitale Teilhabe und schnelles Internet«, 7/9581   CDU, BÜNDNISGRÜNE, SPD	Mit den Änderungen sollen die Rahmenbedingungen zur Fortsetzung des geförderten Glasfaserausbaus in Sachsen geschaffen werden.	Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss (ffd.) sowie an den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr am 6. April 2022
Zweites Gesetz zur Änderung des Sächsischen Hochschulfreiheitsgesetzes, 7/9596   CDU, BÜNDNISGRÜNE, SPD	In Reaktion auf die Covid-19-Pandemie soll es möglich werden, die Befristungsdauer akademischen Personals und die Regelstudienzeit zu verlängern sowie Prüfungen digital durchzuführen.	Überweisung an den Ausschuss für Wissenschaft, Hochschule, Medien, Kultur und Tourismus am 7. April 2022

## ABGESCHLOSSENE GESETZGEBUNG

TITEL   EINBRINGER	ERLÄUTERUNG	STATUS
Zweites Gesetz zur Änderung des Sächsischen Naturschutzgesetzes, 7/5936   DIE LINKE	Mit dem Änderungsgesetz sollte dem Rückgang der Artenvielfalt und dem Verlust von Lebensräumen entgegengetreten werden. Dabei sollten Gartenanlagen insektenfreundlich gestaltet und von Schotterflächen frei gehalten werden.	abgelehnt
Gesetz zur Einführung eines »Kinder- und Familienfreitags« als gesetzlichen Feiertag, 7/6595   DIE LINKE	In Sachsen sollte ein neuer jährlicher Feiertag am ersten Freitag des Monats Juni eingeführt werden, um auf die Lebenssituation und Rechte von Kindern hinzuweisen.	abgelehnt
Gesetz zum Staatsvertrag zur Änderung des Glücksspielstaatsvertrags 2021, 7/9568   Staatsregierung	Das Gesetz erteilt die erforderliche Zustimmung zum Änderungsstaatsvertrag. Dieser lockert u. a. das Internetverbot von Glücksspielen und führt neue Schutzmaßnahmen ein.	angenommen
Gesetz zum Zweiten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge, 7/8749   Staatsregierung	Das Zustimmungsgesetz überführt die Anpassungen im Medienstaatsvertrag und im Jugendmedienschutzstaatsvertrag in Landesrecht. Barrierefreie Medienangebote werden gestärkt und Novellierungen im Jugendschutzgesetz berücksichtigt.	angenommen

Die »Laufende Gesetzgebung« zeigt den Fortschritt in aktuellen Gesetzgebungsverfahren des Sächsischen Landtags an. Unter »Abgeschlossene Gesetzgebung« sind angenommene und abgelehnte Gesetzentwürfe aufgeführt. Stand: 5. Mai 2022.

Katja Ciesluk

# Mehr Parlamentsarbeit, mehr Livestreams und Barrierefreiheit

Sächsischer Landtag mit neuem Internetauftritt



Fotos: Sächsischer Landtag

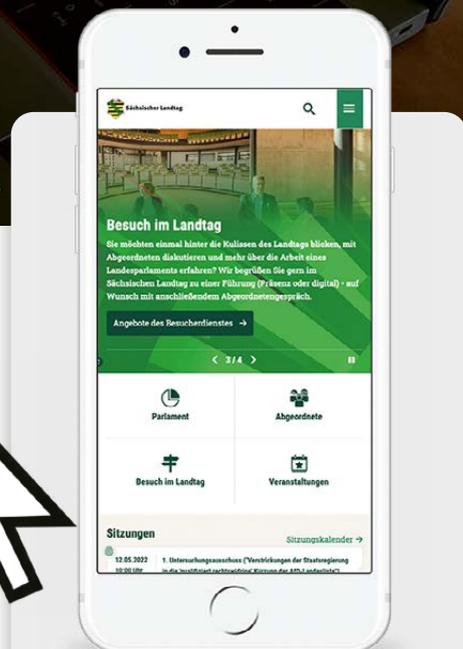
// Der Sächsische Landtag hat unter [www.landtag.sachsen.de](http://www.landtag.sachsen.de) einen neuen Internetauftritt. Das Onlineangebot wurde optisch neu gestaltet, inhaltlich ausgeweitet und auf den aktuellen Stand der Technik gebracht. //

Die Überarbeitung war notwendig, um ein klares Design für die optimale Nutzung auf mobilen Endgeräten zu schaffen und neue Funktionen zu integrieren. Zwei Drittel der Zugriffe erfolgen über Mobilgeräte.

Moderne grafische Elemente wie eine interaktive Wahlkreiskarte ermöglichen das Erfassen von Inhalten auf einen Blick. Die Nutzerinnen und Nutzer finden mehr Informationen über das Parlamentsgeschehen, beispielsweise zur Arbeit der Ausschüsse. Auf die Barrierefreiheit wurde besonderes Augenmerk gelegt, um die gesetzlichen Anforderungen (u. a. Barrierefreie-Websites-Gesetz, beschlossen vom Sächsischen Landtag im April 2019) umzusetzen.

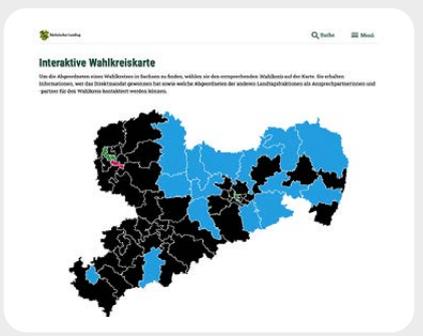
Informationsangebot, Arbeitsmittel und Recherchequelle in einem

»Unsere Demokratie braucht gut informierte Bürgerinnen und Bürger. Dafür schaffen wir mit unseren Onlineangeboten eine wichtige Voraussetzung«, sagt Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler. »Alle können sehen, wann welche Themen auf der Tagesordnung stehen, welche Reden gehalten werden, welche Experten angehört werden und was am Ende beschlossen wurde. Künftig können die Nutzer sogar öffentliche Anhörungen der Ausschüsse live verfolgen. Die Landtagsseiten sind nicht nur ein Informationsangebot, sondern auch ein wichtiges Arbeitsmittel für Abgeordnete und deren Mitarbeiter, eine Recherchequelle für Journalisten sowie Mitarbeiter von Behörden, Unternehmen und Organisationen.«



**Startseite: das Wichtigste aus dem Parlament auf einen Blick**

Auf der Startseite erhalten die Nutzerinnen und Nutzer auf einen Blick die wichtigsten Informationen: Wann sind die nächsten Sitzungen? Welche Veranstaltungen finden im Landtag statt? Worum haben die Abgeordneten zuletzt im Plenum diskutiert? Aktuelle Videos beziehungsweise Livestreams der Parlamentsitzungen und kurze Meldungen zum Geschehen im Parlament komplettieren die Seite.

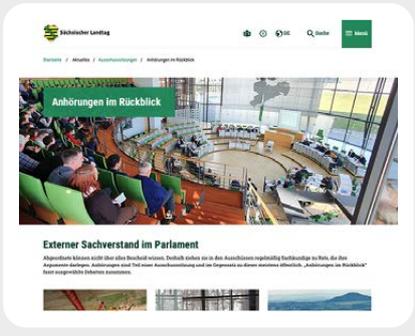


**Abgeordnete: Wissenswertes übersichtlich aufbereitet**

Wer sitzt im Landtag? Wer vertritt welchen Wahlkreis? Wer hat welche Ämter und Funktionen inne?

- Abgeordnete von A bis Z: Bilder, Biographien, Ehrenämter, Ausschüsse, Kontakt
- interaktive Wahlkreiskarte (neu): Sachsenkarte mit allen Wahlkreisen, Direktmandate sowie Kontaktpersonen aller Fraktionen
- Abgeordnetenstatistik seit 1990: Alter, Geschlecht, Ausschussmitgliedschaften, Fraktionswechsel

Zudem geben Reportagen Einblicke in die Arbeit der Abgeordneten.



**Ausschüsse: mehr Einblick in die Facharbeit des Parlaments**

Zu jedem Ausschuss und Gremium ist neben der Zusammensetzung eine kurze Erklärung zu den Arbeitsschwerpunkten abrufbar.

Öffentliche Anhörungen der Ausschüsse mit Sachkundigen aus dem Plenarsaal werden künftig als Livestream auf der Startseite gezeigt. Außerdem können Interessierte Berichte über ausgewählte Anhörungen nachlesen.

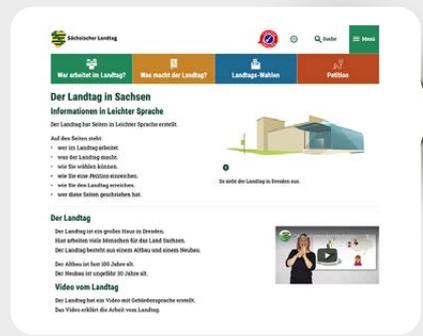
Diese Rubrik ergänzt das bereits etablierte Angebot »Plenum im Rückblick«.



**Rubrik »Landtag für euch«: Parlament für junge Leute**

Die Seite bündelt alle Angebote des Landtags, die besonders für Schülerinnen und Schüler geeignet sind:

- Besuch im Parlament
- Videoreihe: »Wer, wie, was? Schnell erklärt!«
- Virtueller Landtagskoffer
- Schülerkalender, Quizfächer, Malheft
- Kontakte jugendpolitischer Sprecherinnen und Sprecher

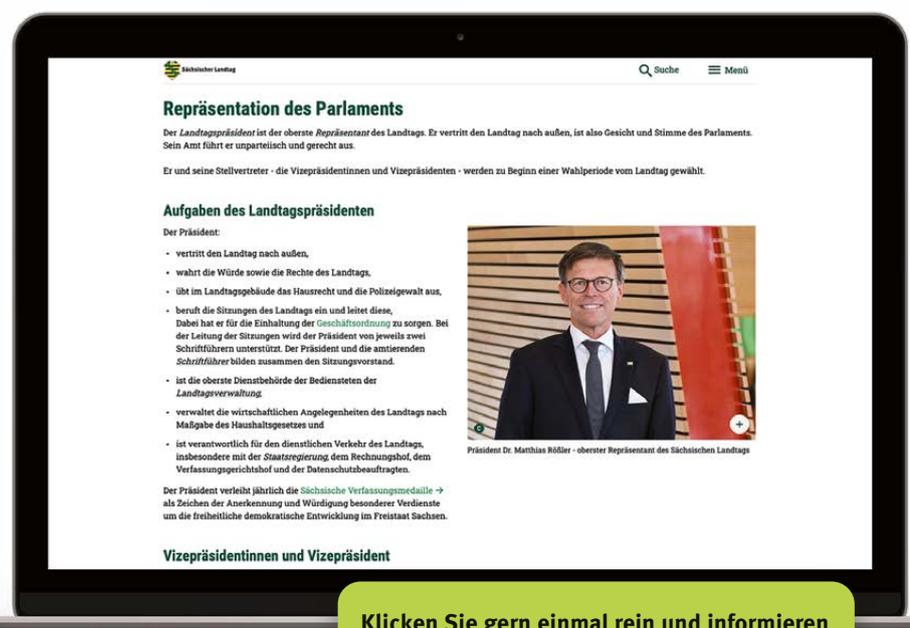


**Barrierefreiheit**

Der Sächsische Landtag hat für die Überarbeitung mit BIKOSAX (Barrierefreie Informations- und Kommunikationsangebote des Freistaates Sachsen), ein Bereich im Deutschen Zentrum für barrierefreies Lesen (dzb lesen), und dem Verein Leben mit Handicaps e.V. zusammengearbeitet.

Der Bereich Leichte Sprache hat das Siegel des Netzwerks Leichte Sprache erhalten.

Auf der Seite »Barrierefreier Zugang« sind zudem Hinweise zu baulichen Gegebenheiten und Angeboten der Öffentlichkeitsarbeit (Publikationen in Leichter Sprache, Video mit Gebärdensprachdolmetscherin, Führungen in Leichter Sprache) zusammengefasst.



**Klicken Sie gern einmal rein und informieren Sie sich über die Arbeit des Parlaments!**

Ebenfalls neu gestaltet wurden im Zuge der Überarbeitung die Portale des Sächsischen Ausländerbeauftragten, der Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur und des Forum Mitteleuropa.



EIN TAG MIT ...

*Katja Ciesluk*

# In bester Verfassung

Ein Tag mit Marko Schiemann, Vorsitzender des Ausschusses für Verfassung und Recht, Demokratie, Europa und Gleichstellung

// Marko Schiemann und Michael Stehr in dessen Lederwaren- und Reitsportgeschäft. // Fotos: T. Schlorke

Es ist gar nicht so einfach, mit Marko Schiemann durch Bautzen zu gehen und ein ungestörtes Gespräch zu führen. Der Sorbe, der seine Heimat seit 1990 ununterbrochen als Direktkandidat im Sächsischen Landtag in Dresden vertritt, wird fortlaufend angesprochen. Während der 66-jährige Abgeordnete ansetzt, um uns die Zusammenhänge der jüngsten Begegnung zu erklären, folgt schon die nächste Unterbrechung.

## Orte der Demokratie

Aber der Reihe nach. Los geht es am Morgen mit einem Termin im Steinhaus in Bautzen. Staatsministerin Katja Meier ist in die Oberlausitz gekommen, um Fördermittelbescheide für acht »Orte der Demokratie« in den Landkreisen Bautzen, Görlitz und Sächsische Schweiz-Ost-erzgebirge zu übergeben. Der Raum quillt über vor engagierten Menschen, die in der fol-

// Der Bogen für diese Reportage schien vorgezeichnet: Marko Schiemann ist Vorsitzender des Verfassungsausschusses, Abgeordneter der ersten Stunde und langjähriger rechtspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion (1990 bis 2014). In diesen Tagen feiert die Sächsische Verfassung ihr 30-jähriges Jubiläum. Schiemann hat an ihrem Entwurf in Gohrlich (Sächsische Schweiz) intensiv mitgewirkt. Diese Zeit zählt für wohl alle damals Beteiligten zu den Sternstunden der wiedergewonnenen Demokratie. Es kam anders. Der Tag in Bautzen verfliegt – ohne Bogen auf die Verfassung. //

genden Stunde mit Herzblut und Stolz ihre Projekte vorstellen. Es sind Bibliotheken, Kulturvereine, soziale Einrichtungen darunter. So unterschiedlich die Projekte sind, es eint sie der Anspruch, durch konkrete Angebote vor Ort ein vielfältiges Miteinander der Menschen zu verstetigen und zahlreiche Orte der Demokratie wachsen zu lassen. Ein Termin, mit dem die Politik punkten kann. Schiemann zeigt Präsenz, ebenso wie der Oberbürgermeister der Stadt und weitere Abgeordnete. Vor dem Rundgang müssen wir uns verabschieden. Der nächste Termin steht an. Fünf Minuten haben wir aber noch.

Marko Schiemann möchte uns unbedingt jemanden vorstellen. Gegenüber vom Steinhaus führt Michael Stehr in siebter Generation ein Lederwaren- und Reits

portgeschäft. Für Schiemann ein langjähriger Wegbegleiter und Unterstützer, vor allem auch in gesellschaftlich schwierigen Auseinandersetzungen,

// Gespräch über den Dächern Bautzens





// Besuch im Steinhaus Bautzen mit Staatsministerin Katja Meier und Oberbürgermeister Alexander Ahrens.

welche die Stadt während der Flüchtlingskrise mit voller Wucht trafen. Zudem sei der Geschäftsmann über mehrere Ecken verbandelt mit dem ehemaligen US-amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt. Dazu gibt es auch eine schöne Geschichte, die der Abgeordnete gern erzählt und sich freut, dass er heute jemanden gefunden hat, der diese Geschichte noch nicht kennt. Diese hier wiederzugeben, würde den Rahmen sprengen. Den Menschen zuzuhören, ihnen Zusammenhänge zu erklären und sie zu verbinden, gehört zu Schiemanns Markenzeichen.

## Firmenbesuch im Dreiländereck

Weiter geht es in den Süden seiner Heimatstadt, in ein Gewerbegebiet: Firmenbesuch beim Automobilzulieferer AFT

// Treffen mit den Präsidenten des Landgerichtes Görlitz



Förderanlagen Bautzen. Ohne die Firma würden weder der VW Golf in Zwickau noch Fahrerhäuser des Volvo-LKW im schwedischen Umeå vom Band laufen, brachte die Sächsische Zeitung die Bedeutung des hochspezialisierten Mittelständlers einst auf den Punkt. »Außerdem verfügen wir noch über eine eigene Fertigung«, erzählt Geschäftsführer Peter Süßmilch stolz. »Hier werden anspruchsvolle Konstruktionen entworfen, gefertigt, getestet.«

»Dafür braucht es Fachkräfte. Wir befinden uns im knallharten Wettbewerb um die klugen Köpfe«, so Schiemann. Deshalb rekrutiere AFT seinen Nachwuchs unter anderem auch schon im benachbarten Polen und Tschechien. Die Grenze zu den europäischen Nachbarn ist nah. Das Unternehmen für Fördertechnik blickt auf eine ebenso lange wie erfolgreiche Firmentradition zurück. Anfang der 1990er-Jahre



// Austausch mit Geschäftsführer Peter Süßmilch beim Automobilzulieferer AFT.

von der Treuhand an ein westdeutsches Unternehmen verkauft, »hat man uns den Freiraum gelassen, um uns zu entwickeln«, erklärt Süßmilch das Erfolgsrezept seiner Firma, die trotz Herausforderungen wie der Aufrechterhaltung von Lieferketten und dem Wandel im Automobilbau bestens auf dem internationalen Markt besteht.

## »Rechtsprechung gehört in die Regionen.«

Unsere nächste Station führt uns in eines der schönsten Gebäude der Stadt, erbaut Anfang des 20. Jahrhunderts im Stil der Neorenaissance. Gesprächspartner ist Friedrich-Leopold Graf zu Stolberg-Stolberg, Präsident des Landgerichtes Görlitz – mit Außenkammern in Bautzen. »In der ehemaligen DDR waren Gerichte oft unzureichend untergebracht«, erzählt Schiemann. Heute hingegen unterstrichen repräsentative Räume die Wertschätzung gegenüber der Justiz als eine der drei Säulen staatlicher Gewalt. Gleichzeitig nehme seit Jahren das Vertrauen in die Justiz ab, hakt Richter Graf zu Stolberg-Stolberg ein. Eine Entwicklung, die ihn sehr sorgenvoll stimme. Ein nicht zu unterschätzendes Problem, das auch die Politik ihrerseits immer stärker herausfordert.

Die zwischenmenschliche Kommunikation mit den Ange-

klagten sei für ihn das Wichtigste, so der Gerichtspräsident. »Gerechtigkeit heißt, den Menschen gerecht zu werden und jedes Gegenüber anständig zu behandeln.« Ganz besonders natürlich in einer Kleinstadt, wo man seine »Schützlinge« auch einmal auf der Straße wiedertreffe und ihnen in die Augen blicken können sollte.

»Uns war es in der friedlichen Revolution wichtig, dass die Rechtsprechung so schnell wie möglich wieder in die Regionen kommt«, betont der Politiker. »Und dort auch bleibt.« Eine starke regionale Präsenz hält der Bautzener, der übrigens selbst kein Jurist, sondern Vermessungsingenieur ist, bis heute für essenziell. Es ist ein sehr interessanter Austausch. Graf zu Stolberg-Stolberg, der als Spitzenbeamter im Justizministerium in den 1990er-Jahren an der Erarbeitung zahlreicher Landesgesetze im Freistaat mitgewirkt hat, könnte uns noch lange an seiner tiefen Expertise teilhaben lassen, wenn die Uhrzeiger nicht so schnell voranschreiten würden.

Danach geht es – ohne uns – weiter zu einem Termin in die Staatskanzlei nach Dresden. Und am frühen Abend pendelt Marko Schiemann wieder zurück zu einer Veranstaltung nach Bautzen. Das Gespräch über die Verfassung haben wir nicht geschafft.

# »Deutschland, Mitteleuropa und die östlichen Nachbarn«

Internationale Konferenz  
des Forums Mitteleuropa  
in Vilnius



Foto: D. Barysaitė

// Am 13. Mai 2022 trafen sich in Vilnius Politiker, Wissenschaftler, Diplomaten und Vertreter der Bürgergesellschaft aus verschiedenen Ländern Ost- und Mitteleuropas. Unter dem Motto »Deutschland, Mitteleuropa und die östlichen Nachbarn« diskutierten sie miteinander und mit dem Publikum. //

»Noch nie waren wir mit dem Konferenzort des Forums Mitteleuropa so nah am Brennpunkt der Weltpolitik«, sagte Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler mit Blick auf die mittlerweile 11. Ausgabe des Veranstaltungsformats. In der Tat setzte der Saal des historischen Seimas-Gebäudes, in dem am 11. März 1990 die Erklärung »zur Wiederherstellung des unabhängigen Staates Litauen« verkündet wurde, die Konferenz in einen hervorragenden Rahmen.

Dr. Rößlers Initiative und der Einladung der Vorsitzenden des Seimas, Viktorija Čmilytė-Nielsen, waren 120 Konferenzgäste gefolgt. Das Vormittagsprogramm beschäftigte sich mit der »Lage in den Diktatur- und Kriegsgebieten – Russland, Belarus, Ukraine«. Am Nachmittag ging es in einem ganzheitlicheren Ansatz um die »äußere Sicherheit im 21. Jahrhundert« und darum, was Europa tun muss oder kann, um diese zu gewährleisten.

## Verbindungen zwischen Sachsen und dem Baltikum

Die stellvertretende Vorsitzende des litauischen Parlaments, Radvilė Morkūnaitė-Mikulėnienė, eröffnete die Konferenz mit einer Begrüßungsansprache. Sie konstatierte, dass die Fragen, denen sich Mitteleuropa heute gegenüber sieht, die gleichen seien, die auch schon vor 30 Jahren eine Herausforderung darstellten. Sie dankte Deutschland für seine Unterstützung und sagte, dass Litauen sich auch wegen der nun im Rahmen der NATO zusätzlich hier stationierten deutschen Soldaten sicherer fühle.

Auch Dr. Matthias Rößler erinnerte in seiner anschließenden Eröffnungsrede, die krankheitsbedingt als Videobotschaft übertragen wurde, an die Zeit vor über 30 Jahren, als die baltischen Staaten in der Singenden Revolution nach Souveränität strebten. Er betonte, dass auch die Sachsen genau wüssten, was Freiheitskampf und staatliche Neubegründung hießen. Dies verbinde sie

Forum Mitteleuropa  
beim Sächsischen Landtag



// Sviatlana Tsikhanouskaya //  
Foto: D. Barysaitė

mit den Litauern, Letten und Esten. Der Angriffskrieg Russlands gegen die freie Ukraine beende die europäische Friedensordnung und konfrontiere nicht nur die EU-Mitgliedstaaten mit einer immensen Bedrohung.

## Demokratie durch Bildung sichern

Im nachfolgenden Videostatement des Ersten Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, Dr. Othmar Karas, beschwor



// Eröffnungsrede von  
Dr. Matthias Rößler // Foto: Landtag

dieser die Wichtigkeit eines fortwährenden Kampfes für die Demokratie. Sein Folgeredner, Prof. Dr. Sergei Ignatov, Rektor der Europäischen Humanistischen Universität, einer belarussischen Bildungseinrichtung im Exil, hob neben diesem unablässigen Ringen die Bedeutung der Bildung neuer osteuropäischer Eliten zu humanitär denkenden und kommunikationsstarken Individuen hervor. Er sagte, die heutigen Ereignisse seien die Konsequenz einer Verklavung der Wissenschaften vor 30 Jahren, als Universitäten soziale Aspekte aus der Lehre ausklammerten.

### Streben nach einer gemeinsamen Strategie

In der anschließenden ersten Panel-Diskussion sah Dr. Andrius Kubilius, ehemaliger Premierminister von Litauen und Mitglied des Europäischen Parlaments, die bestehende geopolitische Krise als Möglichkeit zum Wandel und als Chance, die Frage zu beantworten, was wir in Zukunft in Europa besser machen könnten. Begangene Fehler müssten analysiert und Lehren gezogen werden mit dem Ziel, eine klare ganzheitliche Strategie für Osteuropa auszuarbeiten.

Dieser Forderung schloss sich der Leiter der EU-Delegation von Belarus, Dirk Schübel, an. Man dürfe aber nicht nur die weitere Entwicklung der Europäischen Union im Blick haben, man müsse auch bedenken, wie es mit der östlichen Partner

schaft weitergehe. Besonders wichtig sei es dabei beispielsweise zwischen dem Land Belarus und dem momentanen Regime in Belarus zu unterscheiden. Belarus sei nämlich ein natürlicher Teil Europas, betonte auch Franak Viačorka, der als Vertreter der belarussischen demokratischen Opposition am Panel teilnahm. Es brauche weiteren Anschub und Energie sowie etwas mehr Mut, um das zu beenden, was man 2020 begonnen habe. Ein Sieg der Ukraine über den russischen Aggressor könne ein Fenster sein, die demokratischen Prozesse in Belarus und anderswo zum Erfolg zu führen. Auch der ehemalige Ministerpräsident Sachsens, Prof. Dr. Georg Milbradt, stärkte abschließend die Hoffnungen auf eine langfristige demokratische Revolution in Belarus und sogar Russland. Man müsse hier jedoch Geduld haben, so der Sondergesandte der Bundesregierung für die ukrainische Reformagenda.

### Verbundene Schicksale

Den Auftakt zum zweiten Programmteil bildete die Ansprache der wohl prominentesten Rednerin des diesjährigen Forums, der belarussischen Oppositionsführerin Sviatlana Tsikhanouskaya. Nach ihrer Kandidatur gegen den Diktator Alexander Lukaschenko im Jahr 2020 lebt sie im litauischen Exil. Tsikhanouskaya sah eine enge Verbindung der Schicksale



Foto: Landtag

### GEDENKEN AN GEFALLENE

Im Zuge der Unabhängigkeit Litauens von der UdSSR kamen bei blutigen Auseinandersetzungen am 13. Januar 1991 14 Menschen ums Leben. Kurz danach gedachte im Februar 1991 eine Delegation von Wahlbeobachtern des Sächsischen Landtags auf dem Antakalnis-Friedhof in der Hauptstadt Vilnius der Gefallenen. Unter ihnen war Marko Schiemann, CDU. 2022 legte er am Vorabend der Konferenz in seiner Funktion als Leiter der sächsischen Delegation an derselben Stelle einen Kranz nieder.

von Belarus und der Ukraine, denn es könne kein freies Belarus ohne eine freie Ukraine geben. Sie forderte die internationale Gemeinschaft dazu auf, den Druck durch Sanktionen aufrechtzuerhalten, denn diese seien zwar kein Allheilmittel, zeigten jedoch durchaus Wirkung. Ähnlich argumentierte im Anschluss Dr. Laima Liucija Andrikienė, Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Seimas. Das russische Regime werde Putin überdauern. Europa müsse sich daher gemeinsam und koordiniert durch Sanktionen schützen. Marko Mihkelson, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Parlament von Estland, ergänzte drei Dinge, die Europa nun tun müsse, um der Bedrohung durch Russland Herr zu werden: Es solle in Verteidigung investieren, Entschlossenheit bei der Wahrung seiner Werte zeigen und helfen die durch Russland besetzten Gebiete zu befreien.

### Frieden für Osteuropa

In der intensiv geführten zweiten Debatte des Tages herrschte die Frage danach vor, wie Deutschland sich zum Krieg, in der Ukraine positionieren sollte, um weiteres Blutvergießen zu verhindern. Der deutsche Botschafter in Litauen, Matthias Sonn, wies auf die problematische Vergangenheit Deutschlands hin und erklärte so das Unwohlsein vieler Deutscher angesichts der Forderung nach einer Führungsrolle. Prof. Dr. Liliana Tymchenko vom Zentrum für Konstitutionalismus und Menschenrechte an der Europäischen Humanistischen Universität schloss auf die Frage hin, wie weitere Gräueltaten zu verhindern seien, mit der Botschaft, dass Krieg im Geist des Menschen beginne, Frieden aber auch. Es müsse eine Veränderung der Gedanken geben, damit Frieden in Osteuropa möglich werde.

// Podiumsgespräch am Vormittag // Fotos: D. Barysaitė



Anne-Marie Bra-

# HINTERGRUND: Litauen und Vilnius

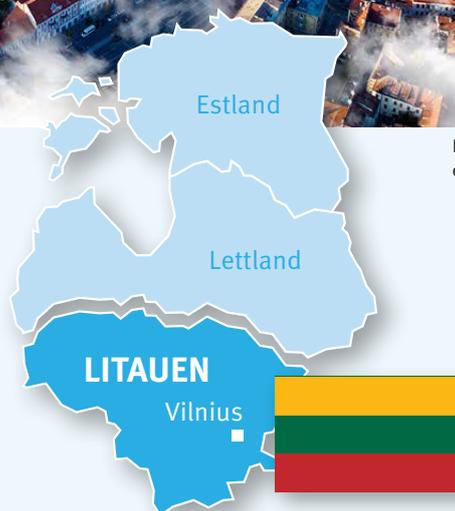
Die Konferenz des Forum Mitteleuropa war erstmals in Vilnius, der Hauptstadt Litauens zu Gast. Mit über 65.000 km<sup>2</sup> ist Litauen der größte der drei baltischen Staaten und rangiert damit in Europa beispielsweise noch vor Dänemark oder den Niederlanden. Allerdings leben hier »nur« 2,8 Millionen Menschen – viele von ihnen in der Hauptstadt. Eine gute weitere Million Litauer suchte aufgrund schwieriger wirtschaftlicher Gegebenheiten ihr Glück im Ausland. Seit 2017 jedoch gehört Litauen zu einer der am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften im Euroraum. Wichtige Branchen sind neben der Laserindustrie die Metallverarbeitung und der Maschinenbau.



Fotos: stock.adobe.com:  
daboost, prosign

## BLICK IN DIE LANDESGESCHICHTE

- Hervorgehen des Staatsgebiets aus den Kiewer Rus
- Europäische Großmacht seit der Übergangszeit vom 14. zum 15. Jahrhundert
- Staatenunion mit Polen (1569 bis 1795)
- Ab 1795 unter russischer Herrschaft
- Besetzung durch Deutschland während des Ersten Weltkriegs
- Ab dem 16. Februar 1918 erstmals souveräne Republik (Nationalfeiertag)
- Weitere Besatzungszeiten durch die Rote Armee und das nationalsozialistische Deutschland während des Zweiten Weltkriegs
- Teil der Sowjetunion von 1940 bzw. 1945 bis 1990
- Februar 1990: erste freie Wahlen und Erklärung zum unabhängigen Staat
- Februar 1991: Putschversuch moskautreuer Kräfte und Unabhängigkeitsreferendum
- Nach anfänglicher Wirtschaftskrise dynamische Reformpolitik
- 2004 Beitritt zu NATO und EU



## FAKTEN ZUR HAUPTSTADT VILNIUS

- Gegründet: 1323
- Einwohner: 569.732
- »Jerusalem des Nordens«: langjähriges Zentrum der jüdischen Kultur und Aufklärung
- Altstadt mit zahlreichen barocken Bauwerken: seit 1994 UNESCO-Welterbe
- Gemeinsam mit Linz Europäische Kulturhauptstadt 2009

Leben in  
Stadt  
und Land

Schule und  
Jugend

Was  
bedeutet  
Meinungsfreiheit  
konkret?

Verfassung  
des  
Freistaates Sachsen

Wie viel Alltag  
steckt in unserer  
Verfassung?

Illustration: © Ö GRAFIK

30 Jahre  
Verfassung des  
Freistaates  
Sachsen

// Die Sächsische Verfassung hat sich über die vergangenen 30 Jahre als modern und stabil erwiesen. Sie entstand aus den Erfahrungen der totalitären Diktatur und der friedlichen Revolution 1989/1990. Im Unterschied zu einigen anderen Bundesländern enthält die Vollverfassung einen eigenen Grundrechtskatalog und gibt Staatsziele vor. Die Artikel erweisen sich bei genauerem Hinsehen also lebensnaher als mitunter vermutet. Die dreiteilige Serie zum Verfassungsjubiläum stellt einzelne Aspekte vor. //

# Was bedeutet Meinungsfreiheit konkret?

Vom Zugang zu russischem Fernsehen bis zur Kritik am Pflegenotstand

// Vor 30 Jahren gab sich der wieder-gegründete Freistaat Sachsen eine neue Verfassung. Das Dokument von 1992 steht in einer Linie mit den sächsischen Verfassungen der Jahre 1831 und 1919. Es ist zugleich das Erste, das umfassende Grundrechte festschreibt. Anlässlich des Jubiläums stellt sich die Frage, wie sich diese Rechte im Alltag der Bürgerinnen und Bürger bewähren. Im ersten von drei Teilen dieser Serie steht das Thema Meinungsfreiheit im Mittelpunkt. //



*Prof. Dr. Astrid Lorenz*

## Wie wird meine Meinung von der Verfassung geschützt?

Dieses Recht kann in der Praxis auf ganz handfeste Dinge heruntergebrochen werden. Erst durch die Möglichkeit einer umfassenden Informationsbeschaffung könne er seine Meinungsfreiheit ausüben, argumentierte beispielsweise ein hier lebender russischer Staatsangehöriger 2005 vor dem sächsischen Verfassungsgerichtshof. Um sich umfassend über die Ereignisse in Russland informieren zu können, benötige er eine Parabolantenne auf dem Dach seines Hauses. Die vermietende Wohnungsbaugesellschaft hätte ihn wegen der eigenmächtigen Anbringung – entgegen den Mietregelungen – nicht verklagen dürfen, bestätigte das Landesverfassungsgericht in Leipzig (Vf. 10-IV-05). Das Beispiel zeigt: Die in der Verfassung verankerten Grundrechte muss zwar in erster Linie der Staat beachten (Art. 36 der Landesverfassung), aber sie gelten auch für Unternehmen und andere juristische Personen mit Sitz innerhalb Deutschlands (Art. 37 [3]).

Die sächsischen Verfassungsbestimmungen sind nahezu identisch mit dem Wortlaut des Grundgesetzes in Art. 5 (1). Daher ver-

wendeten die Mitglieder des Verfassungs- und Rechtsausschusses im Sächsischen Landtag 1990 keine Zeit auf eine intensivere Diskussion des Entwurfs. Wohl aber entspann sich ein Austausch darüber, ob die Presse zu wahrheitsgemäßer Berichterstattung verpflichtet werden dürfe. Es gebe ein Recht auf Lüge und die wahrheitsgemäße Berichterstattung könne sich nur auf die korrekte Zitation beziehen, so der Sachverständige Prof. Dr. Hans-Peter Schneider (benannt von SPD, BÜNDNISGRÜNEN und LL/PDS); eine staatliche Kontrolle von Inhalten sei im Presserecht nicht vorgesehen, so Prof. Dr. von Mangoldt (von CDU und FDP benannt). Es gehe insgesamt vor allem um die Wahrung des Pluralismus.<sup>1</sup>

In Zeiten von »Fake News« wären die Diskussionen wohl ausführlicher und anders verlaufen als kurz nach dem Ende der DDR mit ihrem engen medialen Meinungskorridor. Aber dass es Grenzen der Meinungsfreiheit geben sollte, darin waren sich die Beteiligten einig. Das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit gilt, soweit dadurch »nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz« verstoßen wird, formuliert die Sächsische Verfassung in Art. 15 – wieder wortgleich mit dem Grundgesetz (Art. 5 [2]).

<sup>1</sup> Volker Schimpff/Jürgen Rühmann (Hrsg.), Die Protokolle des Verfassungs- und Rechtsausschusses zur Entstehung der Verfassung des Freistaats Sachsen, Darmstadt: NDV 1997, S. 36f.

## Darf ich alles sagen?

Die Meinungsfreiheit ist eines der wichtigsten Grundrechte, denn sie ermöglicht die Nutzung weiterer Rechte erst. Ohne Meinungsfreiheit ist Demokratie nicht denkbar. Die Sächsische Verfassung verbietet das Recht, die eigene Meinung »frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten« (Art. 20 [1]). Sie verknüpft die Meinungsfreiheit also stark mit der Informationsfreiheit und dem Zensurverbot. Gerade während der Corona-Pandemie zeigte die massive und laute öffentliche Kritik an den Grundrechtseinschränkungen, dass zumindest die Meinungsfreiheit sehr wohl lebt.

Die Unantastbarkeit der Menschenwürde sei Quelle aller Grundrechte (Art. 14). »Volksverhetzung« oder »Schmähhkritik« sind somit nicht zulässig. Gewisse Beschränkungen gelten unter anderem für Beamte und den öffentlichen Dienst, für die Mäßigung und Unparteilichkeit gelten. Sie schließen die Übernahme eines politischen Mandats nicht aus; die Auflagen ruhen dann.<sup>2</sup>

In der Praxis unterscheidet sich die Meinungsfreiheit der Menschen in Sachsen kaum von der in Bayern – oder von der in

<sup>2</sup> Siehe auch das Verbot einer staatlichen Diskriminierung aufgrund politischer Anschauungen in Art. 3 (3) GG.

## Wo hört Meinungsfreiheit auf?

Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern, wo die Landesverfassung kein Wort über Meinungsfreiheit verliert. Grund ist die starke Bedeutung des Grundgesetzes. Insofern steht der Stolz auf die eigenen sächsischen Landesgrundrechte in einem gewissen Kontrast zur weitgehenden Übernahme der Rechte aus dem Grundgesetz und zur Rechtslage.<sup>3</sup> Berater von Mangoldt empfahl 1990 trotzdem eine Vollverfassung (primär) als Maßstab für das neue Landesverfassungsgericht. »Eine solche Gerichtsbarkeit bringe einerseits im Verwaltungsablauf Probleme, andererseits würde das Vertrauen der Bevölkerung gestärkt«, heißt es im Ausschussprotokoll.<sup>4</sup>

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinen Entscheidungen aus historischen Gründen eine sehr breite Lesart der Meinungsfreiheit etabliert und damit Maßstäbe gesetzt. »Soldaten sind Mörder« oder die CSU sei die »NPD Europas« erklärte es als zulässige allgemeine politische Statements. Solche Gerichtsentscheidungen erleichterten Oppositionskräften die Akzeptanz des politischen Systems. Sie werden in der Öffentlichkeit aber oft missverstanden oder von

<sup>3</sup> Mehr Abweichungen gab es beim Schutz der Persönlichkeitssphäre und beim Recht auf Datenschutz.

<sup>4</sup> Schimppf/Rühmann, a.a.O., S. 19.

interessierter Seite als scheinbarer Beweis für die Wahrheit einer Aussage instrumentalisiert. Richter prüfen indes zumeist nicht den Wahrheitsgehalt, sondern die Zulässigkeit einer Aussage innerhalb des geltenden Rechts.

1992 stimmte auch Sachsen der Einfügung des »Europaartikels« in das Grundgesetz zu. Er bindet die Mitwirkung Deutschlands in der Europäischen Union an die Gewährleistung eines dem Grundgesetz »im wesentlichen vergleichbaren Grundrechtsschutz[es]« (Art. 23 [1] GG). Mitgliedstaaten können gegen EU-Gesetze, die aus ihrer Sicht die in der EU-Grundrechtecharta enthaltene Meinungsfreiheit gefährden, vor dem Europäischen Gerichtshof vorgehen. So klagte Polen 2021 gegen die EU-Richtlinie zum Urheberrecht, die Uploadfilter vorsieht. Zugleich wird die Grundrechtstreue anderer EU-Mitglieder angenommen. Wenn ein Student aus Freiberg im Auslandssemester über die Pariser Einwanderungspolitik wettet, sollten französische Gerichte sein Recht auf freie Meinungsäußerung im Zweifel gleichwertig schützen wie deutsche.

Da Deutschland die Europäische Menschenrechtskonvention unterzeichnet hat, sind sächsische Bürgerinnen und Bürger auch über deren Artikel 10 geschützt. Er deklariert Meinungsfreiheit und die Freiheit, »Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe und ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen zu empfangen und weiterzugeben«. Sieht sich Frau S. aus Torgau in diesem Recht beschränkt und hat den deutschen Gerichtsweg erfolglos durchlaufen, kann sie vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ziehen. Eine Altenpflegerin aus Berlin mag als Beispiel dienen. Sie hatte Personalnotstand und Pflegemängel bei ihrem Arbeitgeber öffentlich gemacht, Strafanzeige gestellt und war dafür fristlos gekündigt worden. Im Gegensatz zu den deutschen Kollegen sahen die Straßburger Richter durch die fristlose Kündigung die Meinungs-

## Gilt überall dasselbe Recht auf freie Meinungsäußerung?



Prof. Dr. Astrid Lorenz

geboren 1975 in Rostock, studierte an der Freien Universität Berlin Politikwissenschaft und Osteuropastudien. Für ihre Habilitationsschrift mit dem Titel »Verfassungsänderungen in etablierten Demokratien. Motivlagen und Aushandlungsmuster« erhielt sie 2009 den Wissenschaftspreis der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Seit 2011 ist sie Professorin für das Politische System Deutschlands und Politik in Europa an der Universität Leipzig. // Foto: Christiane Michels

## Ist Lügen gesetzlich erlaubt?

freiheit beschädigt und sprachen ihr eine Entschädigung zu.<sup>5</sup>

Insgesamt genießen die Menschen in Sachsen einen umfassenden Schutz der Meinungsfreiheit. Problematisch sind die oft langen Zeiten, die es braucht, sie bei Bedarf einzuklagen. Verfassungen kommen auch nur bedingt gegen Risiken an, die von Bürgerinnen und Bürgern selbst gegen ihre Mitmenschen ausgehen. Gegen Hass im Netz und auf der Straße wirkt das Recht eher nachträglich und nur dann, wenn der Staat auch Ressourcen bereitstellt, um seine Einhaltung zu prüfen, wie die neue Zentralstelle zur Bekämpfung von politisch motivierter Kriminalität im Internet. »Grenzen des Sagbaren« werden zugleich von manchen viel enger gezogen, als das Recht es vorsieht. Damit die Meinungsfreiheit lebt, braucht es daher auch eine öffentliche Bereitschaft, Menschenwürde, andere Meinungen und Demokratie zu respektieren. Sie ist mit Verantwortung für alle verbunden.

<sup>5</sup> EGMR, 21.07.2011, Beschwerde-Nr. 28274/08.

## Antrittsbesuch des türkischen Botschafters in Sachsen

Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner empfing am 29. April 2022 den Botschafter der Republik Türkei, Ahmet Başar Şen, zum Antrittsbesuch im Ständehaus. Der Botschafter kam in Begleitung des Generalkonsuls Rifki Olgun Yücekök nach Sachsen. Zu Beginn trug sich der Diplomat in das Gästebuch des Sächsischen Landtags ein. Im nachfolgenden Gespräch ging es unter anderem um einen Ausbau der wirtschaftlichen Kooperation zwischen Sachsen und der Türkei sowie eine verstärkte Zusammenarbeit in den Bereichen Wissenschaft und Forschung.



Foto: Landtag

## Gespräch mit dem Botschafter der Republik Usbekistan

Nabijon Kasimov, Botschafter der Republik Usbekistan, besuchte am 19. April 2022 Sachsen und kam mit Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner zu einem Gespräch zusammen. Bei ihrem Treffen im Ständehaus ging es unter anderem um die parlamentarische Zusammenarbeit und eine Weiterentwicklung der Beziehungen mit dem Freistaat Sachsen. Botschafter Kasimov reiste vor vier Jahren das erste Mal nach Dresden und trug sich damals auch in das Gästebuch des Landtags ein.



Foto: Landtag

## Schülerkalender für das Schuljahr 2022/23

Der neue Schülerkalender des Sächsischen Landtags für das Schuljahr 2022/23 ist druckfrisch eingetroffen. Der Planer im handlichen Format passt in jede Schultasche und kann als Hausaufgabenheft genutzt werden. Er vermittelt Wissenswertes rund um die Arbeit des Parlaments und erklärt Fachbegriffe. Bestellungen per E-Mail an [publikation@slt.sachsen.de](mailto:publikation@slt.sachsen.de) oder telefonisch unter: 0351 493-5133



[www.landtag.sachsen.de/publikationen](http://www.landtag.sachsen.de/publikationen)



[www.landtag.sachsen.de/veranstaltungen](http://www.landtag.sachsen.de/veranstaltungen)



Der Sächsische Landtag auf Twitter: [twitter.com/sax\\_lt](https://twitter.com/sax_lt) und auf Instagram: [instagram.com/sachsen\\_landtag](https://www.instagram.com/sachsen_landtag)

## Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

Weitere Plenarsitzungen sind vorgesehen am:

13.07. – 14.07.2022  
21.09. – 22.09.2022  
09.11. – 10.11.2022  
15.12. – 16.12.2022  
19.12. – 20.12.2022

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream mit Untertitelung auf [www.landtag.sachsen.de](http://www.landtag.sachsen.de).

Auch Tagesordnungen, Wortprotokolle und Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt.

Weiterhin werden die Aktuellen Debatten der Plenarsitzungen auch im Regionalfernsehen ausgestrahlt.

Im MDR-Radio werden die Landtagsdebatten zudem live und digital auf DAB+ auf dem Kanal MDR SACHSEN EXTRA übertragen.



## Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

### Fraktionen

CDU  
Tel. 0351 493-5601  
AfD  
Tel. 0351 493-4201  
DIE LINKE  
Tel. 0351 493-5800  
BÜNDNISGRÜNE  
Tel. 0351 493-4800  
SPD  
Tel. 0351 493-5700

### Besucherdienst

Anmeldungen für Digital- und Präsenz-Führungen sowie Planspiele nehmen wir unter Tel. 0351 493-5132 entgegen.

### Bürgerfoyer

Im Bürgerfoyer können Sie die Ausstellung »DAS PARLAMENT DER SACHSEN« sowie Wechselausstellungen von Montag bis Freitag in der Zeit von 9 – 18 Uhr individuell besuchen. Es gelten die ausgehängten Hygieneregeln.

Kein Zugang für elektronisch signierte sowie verschlüsselte elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version des Landtagskuriers finden Sie unter [www.landtag.sachsen.de/Aktuelles/Landtagskurier](http://www.landtag.sachsen.de/Aktuelles/Landtagskurier).

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei.

### Publikationsbestellung und Leserbriefe

SÄCHSISCHER LANDTAG  
Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit,  
Protokoll, Besucherdienst  
Bernhard-von-Lindenu-Platz 1, 01067 Dresden  
Tel. 0351 493-5133, [publikation@slt.sachsen.de](mailto:publikation@slt.sachsen.de)  
[www.landtag.sachsen.de](http://www.landtag.sachsen.de)

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig, ebenso die entgeltliche Weitergabe der Publikation.

**Impressum** Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenu-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Röbner vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redakteur: Dr. Daniel Thieme, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Anne-Marie Brade, Katja Ciesluk, Dirk Förster, Heiner Ridder, Janina Wackemagel (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s.o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Tauscherstraße 44, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV Direct World GmbH, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 18.05.2022  
Gastautoren: Prof. Dr. Astrid Lorenz (Universität Leipzig), Rüdiger Soster (Sächsischer Landtag)

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten. Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder.

Das im Landtagskurier genutzte generische Maskulinum meint stets alle Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht. Die platzsparende Schreibweise dient ferner der besseren Lesbarkeit.



FSC® C015385